



Honduras

nach dem Staatsstreich

Keine Anerkennung des Staatstreiches in Honduras – Menschenrechtsverletzungen der Putschregierung dürfen nicht straffrei bleiben!

Am morgigen Mittwoch wird das Putschregime in Honduras die Regierungsgeschäfte an den Politiker Porfirio Lobo übergeben. Entgegen der Darstellung der Machthaber ist damit die Demokratie in dem mittelamerikanischen Land aber nicht wieder hergestellt. Die Wahlen Ende November fanden unter undemokratischen, gewaltsamen und intransparenten Bedingungen statt. Das Oberste Wahltribunal selbst musste im Nachhinein zugeben, dass es am Wahlabend falsche Zahlen zur Wahlbeteiligung veröffentlicht hatte.

Die Welle von Einschüchterung und Gewalt gegen Aktivisten/innen der Demokratiebewegung und Menschenrechtsverteidiger/innen hält an. Der renommierten Menschenrechtsorganisation COFADEH liegen derzeit gut 4200 Berichte über Menschenrechtsverletzungen vor. Zwölf Mitglieder des Widerstandsbündnisses fielen demnach politischen Morden zum Opfer, zehn weitere Todesfälle stehen mutmaßlich im Zusammenhang mit dem schwerwiegenden politischen Konflikt nach dem Putsch gegen die letzte demokratisch gewählte Regierung Ende Juni. Gegen die Verantwortlichen dieser schweren Verbrechen wird nicht oder nur unzureichend ermittelt.

Wir fordern von der Bundesregierung und der Europäischen Union, die neue De-facto-Regierung nicht anzuerkennen und die getroffenen Sanktionen nicht aufzuheben. Die Bundesregierung muss die unter der Putschregierung begangenen Menschenrechtsverletzungen verurteilen und auf deren Aufklärung drängen.

Daher: **Kundgebung vor dem Auswärtigen Amt**
Werderscher Markt 1, Berlin
Dienstag, 26.01.2010

15:00

AG Lateinamerika

